

Demokratie und Krieg

(Von unferm Korrespondenten)

Paris, 6. Febr.

Nach kürzerer oder längerer Pause kommt es in der französischen Kammer immer wieder zu Zwischenfällen, die zeigen, daß die parlamentarische Krise, unter der man hin und wieder leidet, noch nicht ganz überwunden ist. Das Parlament gibt sich über diesen Krisenzustand selbst sehr genau Rechenschaft; es wird nervös, und diese Nervosität bricht ab und zu einmal zu Tage. So am letzten Mittwoch infolge einer höchst bedeutungslosen Angelegenheit. Der Kommandant der 15. Armeezone, der Marschall angehört, hat auf Verlangen des Armeeinspektors d'Amade für sein Gebiet dieselben Wirtschaftsvorschriften erlassen, wie sie Paris seit geraumer Zeit besitzt. Den Militärs stehen die Cafés und Restaurants nur zu bestimmten Tagesstunden offen. Darüber Aufregung der Marzeller Wirte, Wirtschaftsschluß für 24 Stunden als Protest und Eingreifen der Vertreter der Marzeller Wirteinteressen in der Kammer. Dabei fielen heftige Angriffe gegen den General d'Amade, den der Kriegsminister General Gallieni deckte. General Gallieni verlor schließlich die Geduld, verließ die Rednertribüne und dann den Sitzungssaal, wurde indes von Justizminister Viviani zurückgeholt, worauf sich die Unterbrecher sehr eifrig bemühten, den Frieden mit dem Kriegsminister wiederherzustellen und die Kammer das Ihrige tat, indem sie eine Vertraktentagesordnung für die Regierung annahm. Damit war der Zwischenfall geschlossen; er hat lediglich als Symptom Interesse.

Die Sache wirbelte in der Presse und im Publikum großen Staub auf. Man sagte sich, daß infolge der Nervosität der Kammer leicht eine Ministerkrise hätte entstehen können, und die Antiparlamentarier waren gleich bei der Hand, aus dem Zwischenfall Kapital zu schlagen und zu verlangen, daß die Kammern in die Ferien zögen, je länger, je lieber. Anhänger des parlamentarischen Regimes finden es bedauerlich, daß sich die Kammer manchmal zu unüberlegten Kundgebungen hinreißen läßt und nicht genügend an die Wirkung denkt, die ihr Verhalten im Auslande und im Inlande haben kann. Man sagte, das Parlament habe es schließlich sich selbst zuzuschreiben, wenn sein Kredit im Lande sinke.

Wenn man nach den tiefen Gründen der Mißstimmung sucht, in die das Parlament periodisch verfällt, so kommt man mit Clemenceau zum Schlusse, daß es die französische Demokratie bis jetzt noch nicht verstanden hat, die Autoritäten genau zu fixieren. Es fehlt an dem richtigen Ausgleich des Verhältnisses zwischen Regierung und Parlament einerseits und Regierung, Parlament und Oberkommando andererseits. Das hat sogar so gemäßigter Politiker wie Charles Benoist zu dem Ausruf gebracht: „Wir haben keine Regierung.“ Gegen das allgemein anerkannte Uebel werden von den politischen Doktoren verschiedene Mittel empfohlen. Der Nationalist Maurice Barrès spricht von der Notwendigkeit, sofort nach dem Kriege die Verfassung zu ändern, die ministerielle Verantwortlichkeit vor dem Staatsoberhaupt herzustellen, die parlamentarische Autorität einzuschränken und den Wahlmodus zu ändern. Das heißt die bonapartistische Maske etwas stark lüften! Die französische Nation hat nicht im geringsten Lust, das Ave Caesar anzustimmen. Das sieht ein anderer Nationalist, der Deputierte Galli, auch ein, und er macht praktische Vorschläge, die sich dahin zusammenfassen lassen, daß die Kammern weniger Plenarsitzungen abhalten und mehr im Schoße der Kommissionen arbeiten und kontrollieren sollen.

Dieser Vorschlag hat in allen politischen Kreisen sehr viel Anklang gefunden. Die Deputierten sind ganz allgemein der Ansicht, daß die Parteichefs ihre Gruppen besser in der Hand halten sollten, und daß die Kommissionen, wenn ihre Befugnisse erweitert werden, für die Landesverteidigung noch mehr tun könnten als bisher. Auch die Presse habe eine andere Rolle zu spielen und in den Kammerverhandlungen nicht nur Personenhändel zu sehen, wie das die Antiparlamentarier tun. Man dürfe nicht vergessen, meinte der Sozialist Bedouce, daß die Kammer nicht nur Nerven, sondern auch Herz und Gehirn habe.

Daß die Parlamentarier selbst den Weg suchen, ist ein gutes Zeichen für den Parlamentarismus. Und wenn dieser Weg so lange nicht ge-

junden wird, so rührt das wohl daher, daß seit Kriegsausbruch verschiedene hocherfahrene und einflußreiche Parlamentarier wie der Sozialist Jaurès und der Vertreter der Rechten, Graf Albert de Mun, verschwunden sind. Andererseits hat es aber auch noch keine Regierung verstanden, das parlamentarische System in glücklicher Weise dem Kriegszustande anzupassen. Daß das nicht leicht ist, weiß jedermann. Wenn es unmöglich wäre, so wäre das für die Demokratien ein großes Unglück. Aber ist es wirklich unmöglich? Was wir in Frankreich seit Kriegsausbruch beobachtet haben, führt uns dazu, diese Frage zu verneinen. Das Parlament hat seine Anwesenheit durchgesetzt; es hat seine Nützlichkeit bewiesen, allerdings nicht durch die stürmischen Plenarsitzungen, sondern durch die stillere und wirksamere Arbeit der Kommissionen. Darum ist es auch wahrscheinlich, daß der richtige Weg im Ausbau der Kommissionsarbeit und in der Beschränkung der Arbeit des Plenums, die sich leicht zu politischen Debatten auswächst, liegt. Daß diese Umwälzung einer Arbeitsmethode nicht ohne Reibung vor sich geht, ist selbstverständlich. Die Erfahrung geht der französischen Republik in diesen Dingen ab, und das staatsmännische Genie, das die Erfahrung eben durch sein Genie ersetzt, fehlt.

Diese Erscheinungen können im Auslande leicht mißdeutet werden, besonders dort, wo ein ganz anderes Regierungssystem wirksam ist, wo die Militärbehörde unumschränkt herrscht. Diese unumschränkte Militärherrschaft ist in der parlamentarisch regierten Demokratie unmöglich, und die Franzosen wissen sehr genau, warum sie sie nicht wollen. Die französischen Volksvertreter suchen ihren Weg, nicht ohne Irrtümer, nicht ohne Ausbrüche der Leidenschaft, die vielleicht besser unterblieben. Aber ein Zeichen der Schwäche ist das nicht; es ist vielmehr ein Zeichen dafür, daß die Republik sehr tiefe Wurzeln geschlagen hat und daß man mit Frankreich auch die Republik bis zum Letzten verteidigen will. Der Krieg ist ein harter Prüfstein für alle staatlichen Einrichtungen, und es ist nicht zu leugnen, daß diejenigen, die der unumschränkten Herrschaft einer Person das Wort reden, im Kriege starke Argumente ins Feld führen können. Frankreich hat mit dem persönlichen Regiment seine traurigsten Erfahrungen gemacht; es ist ausgeschlossen, daß es darauf zurückkommt. Es will den Beweis leisten, daß sein heutiges System auch den schwierigsten Lagen gewachsen ist. Das Gelingen hängt von der Grundbedingung ab, daß das System richtig angewendet wird. Bis jetzt ist das nicht immer der Fall gewesen. Gerade die jüngsten Zwischenfälle zeigen aber, daß man weiterkämpft, um sich zur Klarheit durchzurängen. Und die politischen Führer der dritten Republik, die in der Regierung und die im Schoße der Parteien, haben gute Hoffnung, daß ihre redlichen Bemühungen von Erfolg gekrönt sein werden.